

## Baptisten und die Ökumene<sup>i</sup> -

### **„Der Ökumene gehört unser Bund bisher nicht an.“<sup>ii</sup>**

Baptisten verstehen sich als Teil der Ökumene. Bei ökumenischen Bibelwochen, in ökumenischen Gottesdiensten, beim ökumenischen Weltgebetstag der Frauen – überall sind die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden selbstverständlich dabei.

In der Ökumenischen Centrale in Frankfurt arbeiten seit Anfang an freikirchliche Referenten, darunter immer wieder Baptisten, wie Dr. Günther Wieske, Heinz Szobries, Otmar Schulz, Wolfgang Müller oder Bernd Densky. Im Ökumenisch-missionarischen Institut der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg waren immer wieder Baptisten als Referenten angestellt. Der Geschäftsführer der ACK Hessen-Rhein Hessen, Lothar Peitz, ist Baptist. Der Deutsche Ökumenische Studienausschuss hatte in den letzten Jahren in Dr. Uwe Swarat sogar einen baptistischen Vorsitzenden.

Die Schwierigkeiten, einen Baptisten auf einen Lehrstuhl für ökumenische Theologie zu berufen (Dr. Erich Geldbach, 1997) machten jedoch deutlich, wo die Grenzen der ökumenischen Gemeinschaft lagen. Immer wieder wird beklagt, dass die bilaterale Ökumene der leitenden Geistlichen der beiden großen Kirchen die multilaterale Ökumene links liegen lässt.

Dass die Baptisten „in der Ökumene sind“, war jedoch nicht immer selbstverständlich. Als ich 1983 einen umfangreichen Artikel für DIE GEMEINDE geschrieben hatte, über „Die ökumenische Friedensarbeit der Baptisten“, bekam ich vom damaligen Chefredakteur Wolfgang Müller die Antwort, dass der Artikel zwar sehr gut sei, aber die Überschrift geändert werden müsse. „Ökumenisch“ sei für viele Leser anstößig. So wurde daraus ein Artikel über die „Internationale Friedensarbeit der Baptisten“.

In den Bücherregalen mancher Baptisten stand damals das Taschenbuch des Baptistenpastors Theophil Rehse „Ökumene – woher und wohin“. Eine eindeutige Absage an „die“ Ökumene, die als Trojanisches Pferd des Antichristen gesehen wurde. Die Welteinheitskirche unter dem – für die Zukunft unterstellten – Primat des Papstes von Rom war eine weit verbreitete Schreckensvision.

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Ökumene stark mit deren vermeintlichen Absage an die Mission und der Politisierung im Zuge der Antipartheitskampagnen in Zusammenhang gebracht. Vor allem rechtskonservative Kreise in der Evangelischen Kirche kämpften gegen die Ökumene als vermeintliche Speerspitze des Kommunismus.

Damit waren zentrale Anliegen der Baptisten berührt: die Evangelisation und die Trennung von Kirche und Staat. Die letztere wurde allerdings in Deutschland mit dem Verzicht auf politische Stellungnahmen gleich gesetzt, so dass die

politischen Äußerungen des ÖRK als unzulässige Überschreitung der Kompetenz der Kirche verstanden wurden.

## Baptisten und die Ökumenische Bewegung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Die deutschen Baptisten haben seit ihren Anfängen den Schulterschluss mit Christen in anderen Kirchen gesucht. Johann Gerhard Oncken und Gottfried Wilhelm Lehmann gehörten zu den Gründern der Evangelischen Allianz. Lehmann war Mitglied in zahlreichen christlichen Organisationen, die sowohl Christen aus Landes- als auch aus Freikirchen umfassten.

Im 19. Jahrhundert waren Einigungsbemühungen unter den Christen besonders auf den einzelnen Christen und seine Beziehung zu anderen ausgerichtet. Die Gründung der Evangelischen Allianz als Bund von einzelnen Persönlichkeiten ist dafür ein Beispiel. Dass auch kirchliche Organisationen miteinander in partnerschaftliche Beziehungen eintreten könnten, wird erst im 20. Jahrhundert wirksam.

Zunächst sind es vor allem die von den Kirchen formal unabhängigen Missionsgesellschaften, die miteinander sprachen. Sie konkurrierten auf dem „Missionsfeld“ untereinander und grenzten ihre Arbeitsgebiete voneinander ab, wie Firmen, die Märkte in einem Kartell aufteilen. Der Gründer der Baptist Missionary Society, William Carey, forderte bereits 1810 die Gründung einer (ökumenischen) Weltmissionskonferenz.

Der Begriff Ökumene tauchte im 19. Jahrhundert jedoch noch nicht auf. Erst 1919 schlug der schwedische lutherische Erzbischof Nathan Söderblom ein „ökumenisches“ Konzil vor und führte den Begriff im heutigen Sinne ein. Ökumene hat sowohl einen interkonfessionellen als auch einen internationalen Klang.

In Zeiten, in denen von vielen Großkirchen noch in nationalen Kirchtümern gedacht wurde, stand der Begriff Ökumene für den Kontakt von nationalen Kirchen mit anderen nationalen Kirchen, zum Beispiel zwischen der (anglikanischen) Kirche von England und den (deutschen) evangelischen Landeskirchen.

Mit der zunehmenden Globalisierung um 1900 wuchs in allen Kirchen das Bewusstsein, man solle auf geordnete Weise zusammenleben. Verschiedene Initiativen förderten diese internationalen Kontakte, zum Beispiel in der Friedensarbeit und in der Mission. Die Baptisten waren zum Beispiel an den binationalen und interkonfessionellen Treffen britischer und deutscher Kirchen 1908 beteiligt.

An der ersten Weltmissionskonferenz in Edinburgh 1910 nahmen auch deutsche Baptisten teil.

Unter dem Eindruck dieser Weltmissionskonferenz entstand unter nordamerikanischen Protestanten eine Initiative zum Gespräch über Glaube und Kirchenverfassung. Northern, Southern und National Baptists unterstützten den Plan ebenso wie die Baptisten in Großbritannien. Allerdings kehrte sich die Haltung der Baptisten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in ihr Gegenteil. Es kam analog zur isolationistischen Politik der USA zu einer Konzentration auf die eigene Denomination<sup>iii</sup>.

Schon der erste Weltkongress der Baptisten mit der Gründung des Baptistischen Weltbundes (BWA) 1905 in London hatte auch einen ökumenischen Aspekt: Es wurde – für viele Baptisten ungewöhnlich – das Apostolische Glaubensbekenntnis gesprochen, um die Einheit mit den anderen Kirchen und die Zugehörigkeit zur allgemeinen Geschichte der Christenheit zu unterstreichen<sup>iv</sup>.

Der erste Präsident der BWA, John Clifford, charakterisierte die BWA als wahrhaft ökumenische Bewegung, da sie die Freiheit der einzelnen Gemeinde nicht einschränke, aber die Einheit suche. Eine ökumenische Bewegung, die auf formale Einheit aus sei, habe wenig Anziehungskraft für die Baptisten<sup>v</sup>.

Damit beschrieb Clifford, was auch in den folgenden Jahrzehnten das Credo der Baptisten im Blick auf ökumenische Arbeit sein sollte: Überregionale Strukturen dürfen die Eigenverantwortung der lokalen Gemeinde nicht einschränken. Das gilt sowohl für innerkirchliche Strukturen der eigenen Konfession als auch für interkonfessionelle Strukturen.

1923 wurde diese Haltung im Baptistischen Weltbund noch einmal unterstrichen: „Man ist sich einig, dass dieser Bund in keiner Weise die Unabhängigkeit der Gemeinden berührt.“ Und schon der zweite Weltkongress hatte 1911 in Philadelphia erklärt, dass „wahre christliche Einheit nicht eine Einheit in der Leitung oder einer äußerlichen Organisation sein könne, sondern in Christus bestünde.“

Ähnlich auch noch über 90 Jahre später: „Die baptistische Ekklesiologie muss immer von der lokalen Ebene ausgehen und von dort zur Nationalen und Internationalen Ebene“, schreibt John Briggs in Baptist World 4 2016<sup>vi</sup>, dem Magazin des Baptistischen Weltbundes.

Dass Kirchen innerhalb eines Landes partnerschaftlich zusammenarbeiten könnten, war zunächst in den USA und in England wahrgenommen worden. In den USA gab es schon seit der Gründung der Vereinigten Staaten keine privilegierte Kirche, sodass Kirchen auf Augenhöhe miteinander sprechen konnten. Das begünstigte die Zusammenarbeit, die sich später in der Gründung des Nationalen Kirchenrats ausdrückte.

In England waren im 19. Jahrhundert die Baptisten und Methodisten zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Faktor geworden. Der Sohn eines

Baptistenpredigers, Loyd George, konnte sogar Premierminister (1916-1922) werden. 1920 hatte die Kirche von England die englischen Freikirchen zu Gesprächen über eine bessere Zusammenarbeit eingeladen. Unter den Baptisten, die an den Verhandlungen beteiligt waren, war auch der spätere Generalsekretär und Präsident des Baptistischen Weltbundes, James Rushbrooke.

Er war schon in die Gründung des Baptistischen Weltbundes eingebunden, hatte in Deutschland studiert und war in zahlreichen ökumenischen Aktivitäten eingebunden. Bezeichnenderweise war er Pastor einer Community-Church in London. Diese Gemeinden waren gemeinsame Gründungen mehrerer Freikirchen in Neubaugebieten der Metropole.

An den internationalen Konferenzen der 20er und 30er Jahre, wie die für Praktisches Christentum in Stockholm 1925, nahmen führende Baptisten auch aus Deutschland aktiv teil. In seinem Bericht über die Konferenz kritisierte der deutsche Baptist Friedrich-Wilhelm Simonleit sehr pointiert und ironisch den Pomp und das Gehabe der Repräsentanten der Volks- und Staatskirchen. Die Rolle der wenigen Baptisten bei der Konferenz sah er als wenig bedeutend an.

Die Baptisten diskutierten dementsprechend bei den Baptistischen Weltkongressen kritisch über die Unterscheidung von förmlicher Einheit und der Einheit, die man zum Beispiel innerhalb der ebenfalls sehr heterogenen BWA lebe.

Man strebe eine christozentrische Einheit an, die jedoch nichts mit der bischöflichen Gewalt über die Kirchen zu tun habe. Die Taufe wurde jeweils als maßgeblicher Trennungsgrund genannt. 1939 wurde beim Baptistischen Weltkongress in Atlanta über die ökumenischen Konferenzen von Oxford und Edinburgh 1937 reflektiert. Dort hatten alle – auch die baptistischen Delegierten sowohl aus Deutschland als auch aus den anderen Ländern – für die Vorbereitung der Gründung eines Ökumenischen Rates gestimmt.

Eine Mitgliedschaft im sich abzeichnenden Ökumenischen Rat der Kirchen wurde innerhalb des Baptismus allerdings weiterhin kritisch gesehen. Solange die Partner nicht der biblischen Sicht der Taufe folgten, könne man nur mit Bedauern den eigenen Weg gehen.

James Rushbrooke suchte das Gespräch mit den Nördlichen und Südlichen Baptisten in den USA, um sie für den ökumenischen Gedanken zu gewinnen. Besonders die Südlichen Baptisten bestanden jedoch darauf, dass ein förmlicher Zusammenschluss auf keinen Fall zur Schwächung des baptistischen Zeugnisses führen dürfe<sup>vii</sup>. Sie sorgten sich, dass es sich bei einem Ökumenischen Rat um eine Struktur handeln könnte, die das baptistische Prinzip der Autonomie der Ortsgemeinde (und damit auch des einzelnen Bundes gegenüber einer Weltorganisation) nicht genügend achte<sup>viii</sup>. Man wollte sich keiner bischöflichen Autorität unterordnen und fürchtete ein solches Denken in einem von Staats- und Volkskirchen dominierten Rat.

Bei den Nördlichen Baptisten (den heutigen American Baptist Churches) zeichnete sich allerdings eine Offenheit für eine Mitgliedschaft im künftigen Ökumenischen Rat der Kirchen ab.

Überschattet wurden die Diskussionen dadurch, dass unter den potentiellen Gründungsmitgliedern auch die Rumänisch-orthodoxe Kirche war, die sich in Gemeinschaft mit dem rumänischen Staat durch eine besonders harsche Unterdrückung der dortigen Baptisten auszeichnete. Das weckte das Misstrauen von Baptisten, die sich um die Religionsfreiheit in Rumänien sorgten.

1938 kamen in Utrecht Vertreter der Bewegungen für Praktisches Christentum und für Glaube und Kirchenverfassung zusammen, um die Satzung eines künftigen ÖRK festzulegen<sup>ix</sup>. 1941 sollte er ins Leben gerufen werden. Die eingeladenen Baptisten blieben ambivalent. Während die Baptist Union von Großbritannien nach kontroverser Debatte für eine bedingte Teilnahme<sup>x</sup> war, hielten sich die Südlichen Baptisten der USA fern.

In den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg waren Baptisten auch aus Deutschland in die unterschiedlichen Zweige der ökumenischen Bewegung eingebunden, zum Beispiel im Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen oder dem Internationalen Missionsrat. Es waren jeweils Verbindungen, die bestimmte Ziele verfolgten und dafür Arbeitsgemeinschaften bildeten.

Der Bund der Baptistengemeinden gründete 1926 mit anderen die Vereinigung Evangelischer Freikirchen, entsprechend dem Vorbild des Free-Church Council in England. Damit ging der Bund der Baptisten erstmals eine zwischenkirchliche Gemeinschaft mit nichtbaptistischen Kirchen ein. Die durch diesen Zusammenschluss entstandene Dynamik führte in den 30er und 40er Jahren zur Bildung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, der theologisch mit dem Wunsch Jesu nach Einheit (Johannes 17) begründet wurde.

Die zu Beginn des Dritten Reiches befürchtete Zwangseingliederung der Freikirchen in die Deutsche Evangelische Kirche wurde abgelehnt, weil in den Volkskirchen die Trennung von Kirche und Welt nicht genügend gewahrt war.

Während des Zweiten Weltkrieges machten die Baptisten in Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden die Erfahrung ökumenischer Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe für Juden und andere Verfolgte. In den Kriegsgefangenenlagern der Westalliierten entstanden spontane ökumenische Projekte, die zum Beispiel interkonfessionelle Abendmahlfeiern ermöglichten.

## Baptisten und die Ökumenische Bewegung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Zweiten Weltkrieg war in Europa eine große Offenheit für die ökumenische Bewegung zu spüren. Beim Baptistischen Weltkongress 1947 in

Kopenhagen wurde zu ökumenischem Engagement ermutigt. Dabei sprachen sich vor allem britische Delegierte für eine Mitgliedschaft im ÖRK aus, während Delegierte des Südlichen Baptistenbundes der USA widersprachen. Allerdings war man sich nicht einig.

Typisch war, so John Briggs, der Redebeitrag des Briten und überzeugten Ökumenikers Earnest Arthur Payne, der darauf hinwies, dass es dem Weltbund nicht zustehe, in dieser Frage den Mitgliedsbünden Vorschriften zu machen<sup>xi</sup>. George Beasley-Murray erinnerte in Kopenhagen daran, dass die Diskussion baptistischer Identität immer im Kontext der weiteren Christenheit gesehen werden müsse<sup>xiiixiii</sup>.

Acht Baptistenbünde wurden schließlich Mitglied des ÖRK, darunter so bedeutende wie die Northern Baptists und die National Baptists aus den USA und die britischen Baptisten. Zunächst hatte es so ausgesehen, dass aus Europa nur die britischen Baptisten dem ÖRK beitreten würden.

Der Repräsentant der Northern Baptist für Europa, Edwin A. Bell, vermutete Anfang 1948, dass die Freikirchen immer noch darunter litten, dass die ehemaligen Staatskirchen nach wie vor dominant aufträten. Das zeige sich zum Beispiel in der Besetzung der Schlüsselstellen im Hilfswerk oder in ökumenischen Gremien. Es gäbe noch eine Menge zu tun, um ökumenische Gesinnung in einigen Ländern zu fördern<sup>xiv</sup>. Auch im Stab des ÖRK seien mit Hilfe der Volkskirchen vor allem europäische Lutheraner vertreten. In einigen Ländern versuchten die lutherischen, reformierten und anglikanischen Kirchen, die Kontrolle über die Repräsentanten der Freikirchen ihrer Länder zu behalten.

In der Vorbereitung der Konferenz von Amsterdam kam es zwischen dem Generalsekretär des künftigen Ökumenischen Rates, Willem Visser t 'Hooft, und Bell zu einem Gespräch über die Frage, welche Baptistenbünde aus Europa zur Gründung eingeladen werden sollten. Bell empfahl unter anderem die deutschen Baptisten.

Zur Gründungsversammlung wurde schließlich der Bundesdirektor des BEFG, Paul Schmidt, persönlich eingeladen. Über eine Einladung an den deutschen Bund ist nichts bekannt. Schmidt nahm am Vortreffen der deutschen Delegierten in Frankfurt am Main teil, reiste dann zur Regionalkonferenz des Baptistischen Weltbundes nach London und anschließend nach Amsterdam. Er berichtet über das Treffen in der Zeitschrift DIE GEMEINDE ohne jedoch auf die Gründe des Nichtbeitritts des Bundes einzugehen.

Auffallend ist, dass in den Bundesleitungsprotokollen der Jahre 1947 und 1948 nichts über die Gründung des ÖRK zu finden ist. Auch auf den Bundeskonferenzen wird der ÖRK nicht thematisiert. Das Thema scheint nicht so wichtig gewesen zu sein oder wurde bewusst gemieden. Die einzige Ausnahme: Im Bericht von Erich Wingenroth und Paul Schmidt in der Bundespost vom August 1949 heißt es: „Der Ökumene gehört unser Bund bisher nicht an.“ Die Gründung der ACK kurz vor dem ÖRK wird dagegen behandelt. Ihrer Gründung

stimmen fast alle BL-Mitglieder<sup>xv</sup> zu. Auch die Vertreter der ehemaligen BfC-Gemeinden waren einverstanden. Hugo Hartnack als „Bruder“ und Hans Luckey als „Baptist“ wurden in den Vorstand der ACK gewählt.

Internationale Kontakte pflegte der Bund vor allem innerhalb der eigenen Konfession; intensiv und regelmäßig mit den Vertretern des Weltbundes oder den baptistischen Bündeln in den USA, in England oder Schweden.

Während des Baptistischen Weltkongresses in Cleveland 1950 wurde das Thema Ökumene im Weltbund weiter kontrovers diskutiert. Hans Luckey brachte 1959 in der Exekutive der Europäischen Baptistischen Föderation die Frage einer Mitgliedschaft im ÖRK ins Gespräch. Bei den Kongressen in Tokyo 1970 und Stockholm 1975 stand das Thema der ökumenischen Beziehungen weiter im Fokus. In Tokyo hatte u.a. Dr. Rudolf Thaut über zwischenkirchliche Beziehungen referiert.

Als 1975 auf der Vollversammlung des ÖRK die Mission wieder in den Vordergrund rückte, fand das bei vielen Baptisten ein starkes Echo. Nicht zufällig hatte ein chinesischer Baptist im Stab des ÖRK maßgeblich an dem entsprechenden Dokument mitgewirkt<sup>xvi</sup>.

Eine besondere Situation gab es bei der internationalen Nothilfe für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche war schon während des Krieges von den Evangelischen Kirchen konzipiert worden, ohne dabei die Freikirchen im Blick zu haben. Mit dem Einsetzen von Hilfslieferungen aus dem Ausland 1946 stellte sich jedoch die Frage, wer in Deutschland die Spenden empfangen und verteilen sollte.

Die internationalen Geber wurden vom Ökumenischen Rat, bzw. dessen Vorläufern und Unterorganisationen vertreten. Da ein großer Teil der Spenden aus freikirchlichen Gruppen im Ausland kam, waren diese daran interessiert, dass in Deutschland auch die Freikirchen von den Spenden profitierten und sie in die Verteilung gleichberechtigt eingebunden waren. Nur auf Druck der Ökumene kam es schließlich zu dieser Zusammenarbeit im Hilfswerk, das später im Diakonischen Werk der EKD aufging<sup>xvii</sup>.

Steward W. Hermann, der stellvertretende Direktor der Wiederaufbauabteilung des ÖRK in Genf, notiert im Juli 1946, dass die Person Paul Schmidt, der nach dem Krieg seine Position innerhalb des BEFG behielt, die Zusammenarbeit der EKD mit dem BEFG belastete<sup>xviii</sup>. Hermann hatte schon im August 1945 Berlin besucht und im Auftrag des Ökumenischen Rates mit Bischof Dibelius über ein ökumenisches Wiederaufbaukomitee für Berlin verhandelt, dem neben der Evangelischen Kirche auch Vertreter der Freikirchen angehören sollten<sup>xix</sup>.

Während die Landeskirchen von Seiten der Ökumene zu einem Schuldbekenntnis gedrängt wurden, das sie in Stuttgart auch ablegten, waren die Freikirchen nicht vor diese Frage gestellt worden.<sup>xx</sup> In Stuttgart waren die Vertreter des Ökumenischen Rates zu Gast. Sie brachten eine Botschaft der britischen Freikirchen an die deutschen Kirchen mit. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis war

also auch im Hinblick auf die britischen Baptisten gesprochen worden, während die deutschen Baptisten mehrheitlich keinerlei Schuld bei sich erkennen wollten.

## Die ACK spiegelt die Arbeit des ÖRK

Neben dieser Zusammenarbeit mit den Freikirchen im Hilfswerk regte die EKD auf Empfehlung des Ökumenischen Rates<sup>xxi</sup> 1947 die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen an, der zunächst neben der EKD die Freikirchen aus der Vereinigung Evangelischer Freikirchen sowie die Alt-Katholiken und die Mennoniten angehörten.

Die ACK spiegelte die Arbeit des ÖRK auf nationaler Ebene, ohne dass ihre Mitglieder dem ÖRK angehören mussten. So waren die Methodisten über ihre internationalen Konferenzen im ÖRK vertreten, ohne als deutsche Methodisten selbst Mitglied zu sein. Die Mennoniten und die Alt-Katholiken hatten zu den Gründungsmitgliedern des ÖRK gehört. Der BEFG war nicht Mitglied im ÖRK.

In den ersten Jahren verstand sich die ACK, so Karl-Heinz Voigt, als eine Art Nationaler Kirchenrat, der die deutschen Kirchen gegenüber der Ökumene vertrat. Das änderte sich jedoch rasch, indem die EKD diese Funktion für sich beanspruchte, „und damit zum Zustand von 1925 zurückkehrte, als die Delegierten für die Konferenz in Stockholm von der Evangelischen Kirche bestimmt wurden<sup>xxii</sup>.

Rudolf Thaut schrieb 1970 in DIE GEMEINDE, dass die ACK am ehesten als Gesprächsplattform zu sehen sei, die jedoch eine untergeordnete Bedeutung habe, wenn man sie mit anderen ökumenischen Projekten, wie der Deutschen Bibelgesellschaft, dem Weltgebetstag, der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Jugend, dem Missionsrat oder der Inneren Mission vergleiche<sup>xxiii</sup>.

Thaut hoffte, dass regionale Arbeitsgemeinschaften mehr Bedeutung gewinnen, wie der Ökumenische Rat in (West-) Berlin, der Rat christlicher Kirchen in Nordhessen oder die ACK Rhein-Main. Diesen folgte nach und nach die Gründung von regionalen Arbeitsgemeinschaften in allen Bundesländern. In der DDR hatte sich eine parallele Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Kirchen, zum Beispiel im Ökumenischen Arbeitskreis der Freikirchen in Groß-Berlin bei einem ökumenischen Gottesdienst, stieß bei einigen Baptisten auf scharfe Kritik, wie ein Flugblatt gegen eine Veranstaltung<sup>xxiv</sup> dokumentiert. Die Zusammenarbeit mit den Großkirchen wird darin als Zeichen der Verkirchlichung gewertet. Auch wird der Lehrer für Kirchengeschichte am Predigerseminar in Hamburg, Herbert Stahl scharf angegriffen. Er hatte in einem kleinen Absatz in der Festschrift zum 75. Jubiläum des Predigerseminars berichtet, dass im Sinne ökumenischen Denkens und Handelns unterrichtet werde<sup>xxv</sup>.



Bei der Gründung der Konferenz Europäischer Kirchen 1959 gehörte der BEFG von Anfang an dazu. Die gemeinsame Aufgabe war vor allem die Stärkung der Gemeinschaft mit den Kirchen (und damit auch den baptistischen Bündeln) jenseits des Eisernen Vorhanges. Die KEK arbeitet wie eine europäische Abteilung des ÖRK, mit dem sie den Sitz in Genf teilt, ohne organisatorisch zum ÖRK zu gehören<sup>xxvi</sup>.

In ihr arbeiten vor allem britische Baptisten intensiv mit. So waren zwei ihrer Generalsekretäre und der Gründungspräsident Baptisten. Gegenwärtig gehört neben einem Baptisten aus Italien Pastorin Silke Tosch als Vertreterin des BEFG zum Board, dem zwanzigköpfigen Aufsichtsgremium der KEK.

Bedeutend wurde die Arbeit der KEK nicht zuletzt durch die gemeinsam mit der Europäischen Katholischen Bischofskonferenz getragenen Europäischen Versammlungen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ab 1989 in Basel und 1997 in Graz, aus denen heraus 2001 die Charta Oecumenica entstand, in der sich die unterzeichnenden Kirchen zur intensiven ökumenischen Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten verpflichteten.

Der BEFG unterzeichnete die Charta beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003. Vorausgegangen war bereits 1988 die Ökumenische Versammlung in der DDR, die zu einem der Impulsgeber für die friedliche Revolution in der DDR wurde. An ihr waren Baptisten aktiv beteiligt.

## Gescheiterte Beitrittsinitiativen in West und Ost

In der Bundesrepublik und in Westberlin rückte das Thema Ökumene im Zuge der Studentenarbeit stärker ins Blickfeld. Die „semesterzeitschrift“ (SZ) veröffentlichte 1969 einen programmatischen Beitrag von Fritz Harriefeld, einem Methodisten: „Ökumene. Ungenutzte Möglichkeiten – notwendige Schritte“. Und Otmar Schulz, baptistischer Referent in der Ökumenischen Centrale, schrieb über „Die ökumenische Situation in Deutschland und im Ökumenischen Rat der Kirchen nach Uppsala.“

Schulz analysiert die Haltung der konservativen Evangelikalen gegenüber dem ÖRK<sup>xxvii</sup>: „Die Evangelikalen haben nach wie vor Bedenken, gegen das starke gesellschaftliche Engagement des Ökumenischen Rates. Sie befürchten, dass darüber das Proprium des christlichen Auftrages verloren gehen könnte, dass sie in der Verkündigung, im Zeugnis, in der Evangelisation, in der Mission, in der Bekehrung des einzelnen zu seinem Gott sehen.“

Und er nennt auch eines der Hauptargumente gegen den Ökumenischen Rat, das auf einer Fehleinschätzung des Charakters des ÖRK beruhe. „Sie halten den Rat für mehr als er ist. Sie halten ihn für einen kirchenbundähnlichen Zusammenschluss mit ekklesiologischen Merkmalen. Solch einem Zusammenschluss wollen sie nicht beitreten, weil sie sagen, es gehe nicht an, dass sie sich mit anderen

Kirchen verbinden, in denen Gläubige und Ungläubige vom Prinzip her unvermischt miteinander vereint sind, wohingehend sie selbst versuchen, nach bestem Wissen und Gewissen von ihrer Struktur und ihren Prinzipien her nur 'Gläubige' in ihren Kirchen zu haben. Die Evangelikalen sehen nicht, dass der Ökumenische Rat im Gegensatz zu ihrer Auffassung eben keinerlei ekklesiologische Qualität hat, sondern, dass er wirklich nur Gesprächsraum und Werkzeug zum gemeinsamen Handeln ist."

Schulz, damals Pastor des BEFG, schrieb zeitgleich einen Beitrag für die theologischen Fachzeitschrift der Südlichen Baptisten in den USA, *Review & Expositor* über *Baptists and the Ecumenical Movement*<sup>xxviii</sup>. Darin knüpft er an einem zehn Jahre älteren Beitrag von J.D. Hughey, dem Repräsentanten der Südlichen Baptisten in Europa und dem Nahen Osten an, den dieser in der *Ecumenical Review* veröffentlicht hatte<sup>xxix</sup>.

Hughey hatte die ökumenische Gesinnung der Baptisten seit deren Frühzeit betont und auch auf die ökumenische Offenheit der Südlichen Baptisten verwiesen. Daran knüpfte Schulz an und warb um eine Mitgliedschaft der Südlichen Baptisten im Ökumenischen Rat der Kirchen. Dadurch könne die Bedeutung des Baptismus für die Ökumene deutlich gesteigert werden. Es gäbe eine Verpflichtung der Kirchen, sich selbst und ihre Erkenntnisse in das zwischenkirchliche Gespräch einzubringen.

Schulz sah in der jüngeren Generation der Baptisten in Europa allerdings nur wenig Interesse an organisatorischen Zusammenschlüssen. Der Säkularismus diktiere die Tagesordnung weitaus stärker und kaum jemand interessiere sich für die Frage eines Beitritts zum Ökumenischen Rat der Kirchen. Er sieht jedoch den Ökumenischen Rat weniger als „die Ökumene“ als vielmehr als ein Instrument der Ökumenischen Bewegung.

Die deutschen Baptisten, so Schulz hätten durch den Zusammenschluss zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden eine eigene Erfahrung ökumenischer Zusammenarbeit gemacht, die allerdings nur bedingt als Erfolg zu werten sei. 1967 war es – so referiert Schulz weiter – in Großbritannien zu einer Debatte innerhalb der Baptist Union gekommen, ob und wie die Einheit der Christen gefördert werden könne.

Eine Minderheit forderte vehement konkretere Schritte zur Einheit zu gehen. Schulz sieht in der Struktur des Ökumenischen Rates als „Rat“ und nicht als Kirche eine den Baptisten sehr angemessene Form der Zusammenarbeit. Die deutschen Baptisten würden die Vorurteile kennen, die den Ökumenischen Rat betreffen, schreibt Schulz.

Der Weltkirchenrat sei liberal in seiner Theologie, linkslastig in seinem sozialen und politischen Engagement. Er strebe eine Welteinheitskirche an, wie sie für die Endzeit angekündigt sei. Es sei jedoch so, dass auch innerhalb der Baptistenbünde und des Baptistischen Weltbundes die gleich Bandbreite der Meinungen vertreten werde.

Im Februar 1970 fordert das Redaktionskollektiv der SZ den Beitritt des Bundes im Westen in den Ökumenischen Rat der Kirchen. Im gleichen Atemzug werden zentrale Forderungen der Studentenbewegung wie die Anerkennung der DDR, Polens und der CSSR gefordert, sowie ein öffentlichkeitswirksames gesellschaftskritisches Verhalten.

Gorden R. Lahrson schildert ausführlich das Verhältnis der American Baptist Convention zum ÖRK. Und schließlich fordert die Redaktion der sz den Beitritt innerhalb von zwei Jahren. Die Redaktion fragte sich, ob wirklich Gemeinden den Bund verlassen würden, wenn dieser dem ÖRK beitreten würde. Das war offenbar im Lauf der Debatte befürchtet worden.

Für den theologischen Studientag des Bundes in Oldenburg<sup>xxx</sup> 1970 bereitet die SZ eine Entschließung vor, die zur intensiveren Zusammenarbeit mit anderen Kirchen aufruft und die die Bundesleitung zur Vorlage eines Vorschlags zum Beitritt verpflichten wollte. Schließlich sollte nach Vorstellung der Redaktion der Bundesrat 1971 den Beitritt beschließen<sup>xxxii</sup>.

In der 2. Ausgabe des Jahres 1971 fragt sich Hannelore Eckhart-Jahr, ob eine Mitgliedschaft im ÖRK lohne. „Worin liegt das Mehr einer vollen Mitgliedschaft?“ Sie warnt davor, die Ökumene als eine lokale Angelegenheit zu verorten, und dabei die grundlegenden sozialen Probleme zu unterlaufen. „Das mutige Hinwegräumen alter Barrikaden und die volle Hinwendung zu anderen Kirchen könnten Kräfte freimachen für das gemeinsame Handeln, gemeinsame Denken und gemeinsame Glauben.“<sup>xxxiii</sup>

Damit reagierte die sz auf den inzwischen veranstalteten Theologischen Studientag und eine Umfrage unter den Gemeinden in der Bundesrepublik, die von Rudolf Thaut im Sommer 1970 in der Zeitschrift DIE GEMEINDE vorgestellt wurde<sup>xxxiii</sup>.

Thaut, damals Bundesdirektor in Westdeutschland, führte zunächst die Bedeutung der Evangelischen Allianz für die Einheit der Christen aus: Die Allianz verbinde Brüder, nicht Kirchen, allein auf Grund ihres gemeinsamen Glaubens an Christus, ohne auf Lehrunterschiede der Konfessionen zu achten. Sie sei damit das hervorragendste Zeichen der Einheit. Im Blick auf die zunehmende Schwäche der Allianz und die zunehmenden Kontakte der Gemeinden zu Landeskirchen und katholischen Gemeinden führt Thaut dann aber genau ein solches dogmatisches Argument ein.

Zusammenarbeit sei nur dort möglich, wo man auf dem gemeinsamen Boden der Heiligen Schrift stünde. Dass erstmals in den 60er Jahren Landes- und Freikirchen sowie die Allianz zusammenarbeiteten, hatte, so Thaut, seinen Grund in den Evangelisationen von Billy Graham, der darauf bestanden hatte, nur mit allen evangelischen Kirchen zusammen zu evangelisieren.

Die Umfrage, an der sich 200 Gemeinden beteiligten, zeigte eine hohe Akzeptanz der Allianzgebetswoche (90% sahen darin ihren ökumenischen Kontakt am Ort), Pastorenzusammenkünfte (18% nur innerhalb der Evangelischen Allianz, 16%

auch mit evangelischen Pfarrern und in geringem Umfang auch mit Katholiken), des Weltfrauengebetstages (an dem sich 58% aller Gemeinde beteiligten), einem Kanzeltausch (36 %), ökumenischen Gottesdiensten (22%) und Gebetswochen (19%). 25% der Gemeinden lehnten ausdrücklich jede Art ökumenischer Kontakte ab, 42% wollten sich nicht grundsätzlich äußern.

Das Hauptargument der Gegner: Verwässerung des eigenen Profils und Schwächung des evangelistischen Zeugnisses sowie der Weitergabe der Tauferscheitnis. Die Befürworter sahen in der ökumenischen Zusammenarbeit eine Stärkung des Zeugnisses in einer säkularen Welt. „Ökumenische Kontakte verhalfen der Gemeinde aus der Isolation und wecken aus idyllischer Ruhe. Man beginnt, differenzierter über Fragen des Glaubens nachzudenken“, heißt es in einem Antwortbogen.

Thaut erinnerte an eine Stellungnahme der Bundesleitung aus dem Jahr 1956. Damals hatte die Bundesleitung sich für eine Förderung der ökumenischen Bewegung ausgesprochen, jedoch einen Beitritt zum Ökumenischen Rat der Kirchen abgelehnt. Diesem gegenüber „halten wir ernste Bedenken aufrecht. Wenn auch die ökumenischen Regeln die Sonderbekenntnisse nicht antasten, so ist doch der Charakter mancher Kirchen dem Wesen einer gläubigen Gemeinde so entgegengesetzt, dass man große Schwierigkeiten voraussehen müsste, wenn im Raum dieser Kirchen wir das evangelistische und missionarische Anliegen zu verwirklichen suchen.“<sup>xxxiv</sup>

Die Bundesleitung im Westen bekräftigte 1970 die 1956 gezeigte Haltung. In ihrer Erklärung heißt es: „Die Bundesleitung hat nicht die Absicht, dem Bundesrat den Beitritt zum Ökumenischen Rat der Kirchen vorzuschlagen oder einen derartigen Schritt vorzubereiten. Sie ist andererseits überzeugt, dass unsere Gemeinden für Kontakte und Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und kirchlichen Werken am Ort oder in bestimmten Aufgabengebieten (zum Beispiel Mission und Diakonie) offen sein sollten, wo immer der gemeinsame Glaube an den Herrn Jesus Christus es möglich macht.“

Thaut, der selbst später den Ruf hatte, gerne ökumenische Kontakte zu pflegen, sieht jedoch einen Fortschritt zwischen 1956 und 1970. Mittlerweile werde nicht nur allgemein ökumenisches Denken gewürdigt, sondern die Gemeinde zu konkretem ökumenischen Handeln aufgefordert, „dort wo sie am wichtigsten sind: am Ort, an dem sich die Gemeinde versammelt und ihre Aufgaben konkret zu erfüllen hat.“

Die ökumenische Zusammenarbeit in der DDR war durch die gemeinsam erfahrene Zurücksetzung durch das SED-Regime geprägt. 1972 wurde auf der Bundeskonferenz des BEFG in der DDR das Thema Einheit verhandelt<sup>xxxv</sup>. Gefordert wird die Klärung des Verhältnisses zur Ökumene. Dabei wünscht sich der Referent Peter Müller ein stärkeres Engagement in der Zusammenarbeit der drei Strömungen im Bund und in der Gemeinschaft mit den anderen Kirchen. Er weist zahlreiche Gegenargumente zurück, die sich auf die Tradition und das Bewahren des eigenen Erbes beziehen.

In der Aussprache wurde dabei intensiv über das Verhältnis zum Ökumenischen Rat diskutiert. Das frühere Hauptargument in der Ökumenefrage sei die besondere Ekklesiologie gewesen, die einen Beitritt verhindert habe. Doch in diese Frage sei inzwischen Bewegung gekommen, so der Berichterstatter Reinhold Engel.

„Wir haben Schuld erkannt, indem wir rundweg verurteilt haben, obwohl uns vielfach sachliches Wissen gefehlt hat. Wir haben Schuld erkannt in der Verurteilung der anderen, und wir haben auch zu vergeben, dort, wo andere uns verdächtigt, verurteilt, zur Sekte abgestempelt haben. Dabei sind wir vielfach selbst an diesem Urteil schuld gewesen. Wir sind zu viel von uns selbst überzeugt gewesen, von unserem Lebensstil. Wir wollen uns von unserem Herrn der Gemeinde Weisheit schenken lassen, einander zu begegnen.“<sup>xxxvi</sup>

Der Arbeitskreis Ökumene des BEFG in der DDR erarbeitete eine Handreichung für die Gemeinden<sup>xxxvii</sup>. Darin wird begründet, warum der BEFG in der DDR dem ÖRK nicht angehört. Wie in Westdeutschland heißt es: Der Unterschied liege in der Ekklesiologie von Kirchen, die aufgrund ihres Bekenntnisses Mitglied sind oder durch einen sakramentalen Vollzug. Man sorgt sich um Evangelisation und Mission. Hier befürchtet man, dass der Proselytismusvorwurf gestärkt würde.

Keine Rolle spielt, so die Handreichung, die Befürchtung, der ÖRK könne sich als eine Art Superkirche verstehen. Dies sei offensichtlich nicht der Fall. Sorgen bereitet offenbar das politisch-soziale Engagement des ÖRK, das „in einer Weise hervorgetreten ist, die vielfach als einseitig empfunden wurde.“<sup>xxxviii</sup> Ein weiterer Grund: die Sorge um die innerbundliche Einheit.

Man hatte sich entschlossen, die Gemeinschaft innerhalb der drei Gruppen des Bundes zu stärken und empfand dabei die Mitgliedschaft im ÖRK als Hindernis. Die Gemeinden werden allerdings ermutigt, auf lokaler Ebene die Chancen des Miteinanders zu nutzen. Es wird auch überlegt, ob man nicht stärker in einen Dialog mit den anderen Konfessionen eintreten solle.

In einem zweiten Anlauf wird in der Handreichung noch einmal aufgezählt, was gegen einen Beitritt zum ÖRK spricht: „Wir geben der unmittelbaren Verantwortung für die engere Gemeinschaft des Bundes den Vorrang vor einer weitergefassten Verbindlichkeit, die über die eigene Benennung hinausreichen würde, zugleich aber die Gemeinschaft im Bund belasten würde. Jedoch sollte das Gespräch über die Fragen innerhalb des Bundes nicht abreißen. Verantwortung gegenüber dem Bruder und Rücksicht auf seine Erkenntnis darf nicht fortschreitende Meinungsbildung blockieren und der Gesamtheit Verharren im Stillstand auferlegen.“<sup>xxxix</sup>

Weiter wurde die kleine Kraft angeführt, die der BEFG habe. Daher könne er nicht alle Aufgaben wahrnehmen, die sich anbieten würden. Schließlich wird ein Aufsatz von Dr. Rudolf Thaut, dem Bundesdirektor im BEFG (West) zitiert, der hofft, „dass auch die Nicht-Mitgliedschaft ein förderlicher Beitrag für die Suche nach der wahren Einheit der Gemeinde Christi sein möge.“ Thaut hatte einen

Aufsatz in DIE GEMEINDE und in WORT UND WERK veröffentlicht, in dem er das Für und Wider einer Mitgliedschaft im ÖRK gegeneinander abwog. Er sah den wichtigsten Grund gegen eine Mitgliedschaft in der Behinderung der Missionsarbeit: „Die gegenseitige Anerkennung der im Weltrat vertretenen Kirchen wird oft dazu benutzt, die kirchlichen Partner von den Grenzen des eigenen Mitgliederbestandes fernzuhalten.“<sup>xI</sup>

Thaut sieht es als grundlegendes Problem an, dass zu vielen Kirchen im ÖRK zahlreiche Mitglieder ohne persönlichen Glauben gehören. Er plädiert schließlich aber für eine aktive Teilnahme an interkonfessionellen, ökumenischen Aktivitäten und gibt am Ende zu: „Die Einheitsbewegungen der Kirchen stehen damit vor der gleichen ungelösten Frage, wie die einzelnen Kirchen, nämlich der nach dem rechte Verhältnis der pneumatischen (geistgewirkten) Gemeinschaft zur geschichtlich gewordenen Institution.“

Heinz Szobries schrieb 2000 in einem Kommentar zur Rechenschaft vom Glauben: „Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland ist keine Mitgliedschaft im ÖRK eingegangen, vor allem mit der Begründung, eine Spaltung in den eigenen Reihen aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen zu vermeiden.“<sup>xII</sup>

## Dialog statt förmlicher Mitgliedschaft

Anstelle der Frage, ob man dem ÖRK beitreten solle, suchte man das Gespräch zwischen den konfessionellen Weltbünden, die ja ihrerseits schon einen ökumenischen Mikrokosmos darstellten<sup>xIII</sup>. Auf Ebene der Weltbünde wurde bereits 1973 ein Dialog mit dem Reformierten Weltbund begonnen.

Es folgten Dialoge mit dem Päpstlichen Rat für die Förderung der christlichen Einheit, dem Lutherische Weltbund und der Mennonitischen Weltkonferenz sowie den Anglikanern. Gespräche mit dem Ökumenischen Patriarchat kamen über das Anfangsstadium nicht hinaus. Diese inhaltlichen Gespräche rückten sehr viel stärker in den Fokus als die förmliche Mitgliedschaft im ÖRK.

Bereits die Lima-Texte von 1982 der Konferenz für Glaube und Kirchenverfassung, an deren Entstehung auch Baptisten mitgewirkt hatten, beflügelten die Diskussionen um die Beziehungen zwischen Baptisten und anderen Konfessionen.

Schließlich kam es auf Anregung des BEFG zu Dialogen der Europäischen Baptistischen Föderation mit der Leuenberger Kirchengemeinschaft bzw. der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Diese führte zu einer intensiven Partnerschaft, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist.

## Wie weiter?

Die Baptisten waren sich immer bewusst, dass es jenseits der eigenen Konfessionsgrenzen Kirche Jesu Christi gibt. Daher beteiligte man sich stark an interkonfessionellen Initiativen und suchte die Nähe zu anderen Baptisten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

In den Jahren 1908 bis 1939 beteiligen sich deutsche Baptisten in unterschiedlicher Intensität an ökumenischen Projekten im internationalen und interkonfessionellen Bereich.

Die deutschen Baptisten profitierten wie auch die anderen Freikirchen davon, dass die ökumenischen Partner der deutschen Volkskirchen oft Freikirchen waren, die bei den landeskirchlichen Partnern eine gewisse Sensibilität wachsen ließen. Das gemeinsame Hilfswerk oder die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen entstanden durch die Anstöße des ÖRK.

Der nicht erfolgte Beitritt zu ÖRK 1948 war eine verpasste Chance, im Gespräch der Kirchen eine hörbare eigene Stimme zu sein. Das Fernbleiben lag in der ängstlichen Sorge begründet, durch hierarchische Strukturen in der Freiheit des Gemeindeseins und der Mission eingeschränkt zu werden. Möglicherweise spielte hier auch die Erfahrung zu Beginn des Dritten Reiches eine Rolle, als man fürchtete, in die eine deutsche Reichskirche eingegliedert zu werden.

Ökumene im internationalen Sinn entstand auch außerhalb der verfassten Ökumene. Der Baptistische Weltbund war wie die anderen konfessionellen Weltbünde als ökumenische Initiative (im Sinne von Internationalität) entstanden und verhalf seinen Mitglieder zu einer Horizonterweiterung und zu grenzüberschreitendem Handeln.

Der Ökumenische Rat der Kirchen wurde von den deutschen Baptisten in den 70er und 80er Jahren als politisch linke Organisation betrachtet, der man mit Skepsis begegnete. Dass die Forderung nach einer Mitgliedschaft im ÖRK durch die – sowieso misstrauisch beäugte – baptistische Studentenarbeit erfolgte, führte zu einem gemeinsamen Ende: Mit der Beendigung der Studentenarbeit durch den Bund in der Bundesrepublik verschwand auch die Initiative zum Beitritt zum ÖRK von der Tagesordnung. In der DDR wurde noch etwas länger um den Beitritt gerungen.

Die Sorge um die Einheit im eigenen Bund ließ die Sorge um die Einheit der weltweiten Kirche in den Hintergrund treten. Eine besonders ökumenekritische Haltung der Brüdergemeinden ist nicht festzustellen. Für die Brüdergemeinden spielten übergemeindliche Strukturen eine weniger bedeutende Rolle. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden im BEFG begannen die Brüdergemeinden darauf Wert zu legen, dass sie nicht in der ACK vertreten seien.

Die Sorge um irgendeine Einflussnahme des ÖRK auf seine Mitgliedskirchen war, so die Wahrnehmung in Ost und Westdeutschland, bereits in den 70er Jahren als unbegründet angesehen worden.

Das Fernbleiben der Baptisten vom ÖRK erwies sich als wirksames Argument, den Baptisten die Partnerschaft auf Augenhöhe immer wieder zu verweigern. Das zeigt sich noch heute bis in die Promotionsordnungen landeskirchlicher theologischer Fakultäten hinein.

Es ist der EKD gelungen, einen gewissen Alleinvertretungsanspruch für die deutschen Protestanten gegenüber der weltweiten Ökumene zu festigen. Dabei spielte die überragende Rolle der Finanzierung des ÖRK durch die EKD (und die deutschen Kirchensteuerzahler) sicherlich eine wichtige Rolle.

Die Chance, die ACK als gemeinsame Vertretung der deutschen Kirchen zu etablieren, wurde vertan. Die ACK wurde damit zu einem innerdeutschen Gesprächskreis reduziert. Die Reduktion der Mitgliedsbeiträge für die ACK durch die beiden großen Kirchen vor einigen Jahren demonstrierte das schwindende Gewicht, das ihr durch EKD und Deutsche katholische Bischofskonferenz beigemessen wird. Ökumene wird immer stärker als bilaterale Ökumene der beiden großen Kirchen verstanden.

## Gegen einen Beitritt zum ÖRK spricht:

Ökumenische Gesinnung und ökumenisches Handeln ist nicht von der Mitgliedschaft in einer formalen Organisation abhängig. Der Baptistische Weltbund ist wie der ÖRK Teil des Global Christian Forum, einer Dachorganisation von ökumenischen Zusammenschlüssen, zu denen auch die Katholische Bischofskonferenz und die Weltweite evangelische Allianz gehören.

Über Netzwerkstrukturen, wie dem Evangelischen Missionswerk<sup>xliiii</sup>, der KEK oder der ACK, sind die Baptisten eng mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen verzahnt, auch ohne formell Mitglied zu sein.

Die Konzentration der personellen und finanziellen Ressourcen sichert dem Bund an den Stellen, an denen er aktiv sein kann, eine höhere Bedeutung, als die Mitgliedschaft in einer Organisation, die kaum mit Mitarbeit unterfüttert werden kann.

Die gewachsene Gemeinschaft innerhalb der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen und der EBF lässt die Notwendigkeit einer interkonfessionellen Ökumene (zumindest in Richtung auf die anderen Protestanten) in ihrer Bedeutung zurücktreten.



## Für einen Beitritt zum ÖRK spricht:

Die Mitgliedschaft im ÖRK hält den Gedanken wach, dass die Kirche stets größer ist als die Ortsgemeinde und die eigene Konfession.

Das Bestreiten eines Alleinvertretungsanspruches der EKD in der internationalen Ökumene. Je aktiver sich die Freikirchen im ÖRK einbringen, umso deutlicher wird, dass „evangelisch“ nicht allein die EKD-Gliedkirchen sind.

Die Übernahme von Verantwortung im gesellschaftspolitischen Diskurs, wie er im ÖRK gepflegt wird, ist heute weit weniger strittig als in der Vergangenheit.

Man geht auf die Forderung der EKD-Gliedkirchen ein, dass z.B. für Promotionen eine Mitgliedschaft im ÖRK Voraussetzung ist.

Zahlreiche Baptistenbünden in Afrika und Asien, die Mitglied im ÖRK sind, brauchen in Europa und auch innerhalb des ÖRK starke baptistische Freunde. Das hat unmittelbar Auswirkungen zum Beispiel auf Stipendienprogramme für Studierende. .

Die Korrektur eines Geburtsfehlers. Die deutschen Baptisten hätten bereits 1948 dem ÖRK beitreten sollen, wie ihre Geschichte seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auf eine engere Gemeinschaft mit anderen Kirchen zugelaufen war.

Die Korrektur der fatalen Beendigung der Studentenarbeit des Bundes im Westen in den 70er Jahren, zu deren Forderungen ein Beitritt zum ÖRK gehörte. Die damaligen Repressionen gegenüber der Studentenarbeit führte teilweise zu einer Provinzialisierung des Baptismus, die erst eine Generation später wieder überwunden werden konnte.

Ahnatal, 1. Januar 2017 / Frank Fornaçon

<sup>i</sup> Diese Studie dient der Vorbereitung einer Antwort auf einen Antrag während des Bundesrates 2016, über eine Mitgliedschaft im ÖRK nachzudenken. Sie entstand im Rahmen des Historischen Beirates des Bundes. Ich danke Reinhard Assmann und Ines Pieper vom Oncken Archiv für ihre Unterstützung.

<sup>ii</sup> Anlage zur Bundespost 2/1949 vom 5.8.1949, Paul Schmidt, Erich Wingenroth im Auftrag der Bundesleitung an die Gemeinden, abgedruckt in: Bericht über die Bundesratstagung 1949 in Kassel, 1949, Seite 27

<sup>iii</sup> Vgl. Arther Earnest Payne, Baptists and the ecumenical Movement. Ohne Jahr, ohne Ort

<sup>iv</sup> Vgl. BAPTIST WORLD ALLIANCE, Joint meeting of Baptist Heritage and Identity Commission and the Doctrine and Interchurch Cooperation Commission, Seville, 11 July, 2002: Ken Manley, A Survey of Baptist World Alliance Conversations with other Churches and some implications for Baptist Identity

<sup>v</sup> Ebd.

<sup>vi</sup> Briggs, John, The Ecclesiology of the Baptist World Alliance, in Baptist World 4 2016, Seite 5 ff.

<sup>vii</sup> Green, Bernhard, Tomorrow's Man, A Biography of James Henry Rushbrooke, 1997, Seite 191ff.

<sup>viii</sup> Vgl. zu dem ganzen Komplex: Bernhard Green, James Rushbrooke, Biographie

<sup>ix</sup> Harmjan Dam, Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen 914 -1948, Frankfurt 2001, S. 335

<sup>x</sup> Die einzelne Gemeinde sollte in ihrer Gestaltung ökumenischer Verbindungen frei bleiben.

<sup>xi</sup> Briggs, John, a.a.O., S.6

<sup>xii</sup> Pierard, Richard, Baptists together in Christ 1905-2005, S. 103

<sup>xiii</sup> Briggs, John, a.a.O., S. 6

<sup>xiv</sup> Johnes, Keith G. The European Baptist Federation, Colorado Springs, 1988, S. 72

<sup>xv</sup> BL-Protokoll 1948. Die Ausnahme bildete Friedrich Sondheimer.

<sup>xvi</sup> Pierard, Richard u.a., Baptists Together in Christ 1905-2005, Falls Church, 2005, S. 180

<sup>xvii</sup> Ausführlich in Astrid Giebel, Glaube, der in der Liebe tätig ist, Diakonie im deutschen Baptismus von den Anfängen bis 1957, Kassel, 2000, Baptismus-Studien 1, 378 Seiten

<sup>xviii</sup> Giebel, Astrid, Glaube... a.a.O., 248f.

<sup>xix</sup> Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch: Berichte ausländischer... Herausgegeben von Clemens Vollnhals, dort S. 104

<sup>xx</sup> So Hans Rockel in der Bundespost 1947/Okttober, zitiert bei Andrea Strübind, Die unfreie Freikirche, S. 307

<sup>xxi</sup> Giebel, Glaube a.a.O., S. 255

<sup>xxii</sup> Voigt, Karl-Heinz, Ökumene in Deutschland: Von der Gründung der ACK bis zur Charta Oecumenica ... S. 229

<sup>xxiii</sup> Rudolf Thaut, Die anderen Christen und wir, Informationen über die ökumenischen Kontakte im Bund und seinen Ortsgemeinden. Die Gemeinde 1970, Nr. 24, S. 3-7

<sup>xxiv</sup> Ökumene? Flugblatt Berlin, o.J aus dem Privatbesitz von Reinhard Assmann

<sup>xxv</sup> Herbert Stahl, in Festschrift zur Feier des 75jährigen Jubiläums des Predigerseminars, Hamburg 1955, S. 90

<sup>xxvi</sup> Die Grundlage schließt sich eng an die Formulierung des ÖRK an: „Die Konferenz Europäischer Kirchen ist eine ökumenische Gemeinschaft von Kirchen Europas, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

<sup>xxvii</sup> Ottmar Schulz, semesterzeitschrift 18 1969, S. 5-8

<sup>xxviii</sup> Ottmar Schulz, *Baptists and the Ecumenical Movement, in Review & Expositor 1969, zu finden unter <http://opensample.info/baptists-and-the-ecumenical-movement>*

<sup>xxix</sup> Hughey in Ecumenical Review, Vol X Seiten 401-410

<sup>xxx</sup> Bericht in DIE GEMEINDE 1970 Nr. 24, S. 3-7

<sup>xxxi</sup> Redaktionsinitiative zum Beitritt, in semesterzeitschrift 19/1970, S. 12-13

<sup>xxxii</sup> Hannelore Erhart-Jahr, semesterzeitschrift 20 1971, S. 26-28.

<sup>xxxiii</sup> Rudolf Thaut, Die anderen Christen und wir, DIE GEMEINDE 1970 Nr. 24, S. 3-7

<sup>xxxiv</sup> Zitiert in: Rudolf Thaut, Die anderen Christen und wir, DIE GEMEINDE 1970, Nr. 24, S. 7

<sup>xxxv</sup> Veröffentlicht in: Wort und Tat, Arbeitshilfen für den Prediger, Berlin 1972, „Durch Christus befreit zu Zeugnis und Dienst in der Gemeinschaft der Kirchen.“

<sup>xxxvi</sup> a.a.O. Wort und Tat, S. 18

<sup>xxxvii</sup> Wort und Tat 39, 19.... Handreichung zur Ökumenefrage

<sup>xxxviii</sup> Wort und Tat, 39, S. 24

<sup>xxxix</sup> Wort und Tat, 39, S. 26

<sup>xl</sup> Rudolf Thaut, Allianz, Ökumene – und wir. Wort und Werk

<sup>xli</sup> Szobries, Heinz, Das Ringen um die Einheit der Christen, in Schäfer, Eckhard, Wir aber predigen Christus..., Kassel, 2000, S. 71

---

<sup>xlii</sup> Vgl. Theologisches Gespräch Beiheft 8, Der baptistische Weltbund in ökumenischen Gesprächen, 2005

<sup>xliii</sup> Eine gute Übersicht bietet eine Broschüre des EMW: [http://www.emw-d.de/fix/files/teilen\\_web-2.2.pdf](http://www.emw-d.de/fix/files/teilen_web-2.2.pdf)